

Auswahl von Standorten für Windräder kontrovers diskutiert

ENERGIE Insbesondere die Fischbachhöhe ist unter Politikern umstritten

VON DENNIS VLAMINCK



Auf der Stommelner Höhe in Bergheim stehen bereits Windräder, weitere Flächen sollen folgen.
Archivfoto: Rosenbaum

Bergheim. Die Auswahl sogenannter Windkraftvorrangflächen bleibt in der Kreisstadt politisch heftig umstritten. Nach einigen Änderungen gehen die Pläne nun in eine erneute Offenlage, während der die Bürger ihre Bedenken und Einwände gegen die geplanten Standorte äußern können. Das hat der Planungsausschuss am Donnerstagabend beschlossen.

Vorgesehen ist, ein Areal an der Autobahn 61 südwestlich von Glesch und Paffendorf, eines auf der Fischbachhöhe und eines auf der Wiedenfelder Höhe auszuweisen. Auch die Stommelner Höhe, wo allerdings bereits Windräder stehen, soll nun auch formal zur Windkraftvorrangfläche werden. Ohne solche Vorrangflächen, auf denen Windenergieanlagen zu errichten sind, droht der "Wildwuchs" von Windrädern im Stadtgebiet.

lehnte im Ausschuss abermals die Wiedenfelder und die Fischbachhöhe ab. Vor allem die Fischbachhöhe, für die der Kreistag den Landschaftsschutz bereits aufgehoben hat, ist heftig umstritten. "Wenn der Landschaftsbeirat, der Landschaftswächter und Umweltverbände dagegen sind, dort Windräder aufzustellen, muss man sich das doch näher angucken", sagte Petra Hansen (SPD). Die SPD hatte bereits im Kreistag eine Fläche zwischen Oberaußem und Glessen als Vorrangfläche ins Spiel gebracht. Auch Alfred Friedrich (FDP) wunderte sich, dass der Schutz der Natur "plötzlich nicht mehr wichtig" sei. Auch die Nähe zu Wohngebäuden kritisierte er.

Die neuen möglichen Standorte stießen bei SPD und FDP auf teils heftige Kritik. Die SPD

CDU und Grüne verteidigten die Auswahl. Während die CDU der SPD und FDP vorwarf, lediglich auf Stimmenfang gehen zu wollen, sagte Peter Hirseler (Grüne): "Die Fischbachhöhe liegt gut im Wind." Zudem verwies er auf Einnahmen "von mehreren Hunderttausend Euro" durch eine Beteiligung der Stadtwerke, auf die die Stadt Bergheim wegen weggebrochener Gewerbesteuererträge nicht verzichten könne. "Wir wollen als Stadt mitverdienen für unsere Bürger", sagte Hirseler.

Dieses Argument wiederum verärgerte den Ausschussvorsitzenden Kai Faßbender (SPD), der sich zu einer politischen Aussage hinreißen ließ. "Wenn Windenergie als Einnahmequelle von den Grünen in den Vordergrund gestellt wird, ist das für mich eine Perversion sondergleichen", sagte Faßbender. Arten- und Naturschutz würden völlig ausgeklammert. "Das passt nicht zu den Grünen." Die Stadt Bergheim sei zudem durch die Braunkohle-Gewinnung schon genug gebeutelt, dann müssten auf den Abraumhalden nicht auch noch Windräder stehen.

Planungsdezernent Volker Mießler mahnte, ausreichend Vorrangflächen auszuweisen und dabei auch keine Zeit zu verlieren. Noch in diesem Jahr solle Rechtssicherheit hergestellt werden.